

Mehr Machtbewusstsein bitte

von Sascha Vogt



Foto: © Leonard/photocase.de

Auch wenn mit der Gründung der Magdeburger Plattform ein nicht zu unterschätzender Schritt zur Stärkung der Parteilinken unternommen wurde, blieben Fragen zur strategischen Aufstellung im Rahmen der Konferenz weitgehend ausgeklammert. Das ist kein Vorwurf an die InitiatorInnen. Denn schließlich ging es richtigerweise darum, die Gemeinsamkeiten zu betonen. Andererseits wird die Parteilinke nicht umhin kommen, ihre strategische Aufstellung zu klären. Dabei spielt aus meiner Sicht die Analyse von Machtverhältnissen eine zentrale Rolle. Denn andernfalls drohen Konflikte, die auf dem Weg zur Gründung der Magdeburger Plattform deutlich erkennbar waren, immer wieder aufzubrechen.

Von guten und bösen Linken

Was mussten sich die InitiatorInnen auf dem Weg nach und in Magdeburg selbst nicht alles vorwerfen lassen. Da war und ist die Rede von Zersplitterung, einem Versuch der Spaltung und der Gründung einer handzahmen

Struktur um persönliche Karriereambitionen zu unterstreichen. Wer diese Story einmal nachlesen möchte, dem seien zwei Artikel von Wolfgang Lieb und Jens Berger auf den „Nachdenkseiten“ empfohlen: Es gibt die guten, basisdemokratisch organisierten Linken, die eigentlich die Mehrheit stellen und daher auch definieren wer zur Linken gehört: „Was ist von einer »linken Plattform« zu halten, die maßgeblich von Nahles initiiert wurde, um die parteiinterne Kritik an ihrer vergurkten Regierungspolitik zu zähmen, ja zu unterbinden? Das DL21 ist, bei aller Kritik, immer noch ein basisdemokratisch organisierter Verein, der die Partei und nicht die Parteispitze vertritt.“¹ Damit ist auch klar, dass es neben dem guten auch den finsternen Teil der Parteilinken gibt. Nämlich diejenigen, die sich eigentlich nur zugehörig fühlen, um Karriere zu machen: „Während die DL 21 basisdemokratisch organisiert ist, droht die Neue Plattform zur Inszenierung

¹ Jens Berger: Handzahme Parteilinke. <http://www.nachdenkseiten.de/?p=24012> Abgerufen am 23.11.14

einzelner SPD-Linken zu werden, die ihre Regierungsarbeit legitimieren lassen wollen, um „durchregieren“ zu können und in der Karriereleiter weiter aufzusteigen.“² Und natürlich geht es auch darum, unliebsame Stimmen mundtot zu machen: „Wer Karriere machen will, braucht seine Netzwerke. Was liegt da näher, als sich ein eigenes Netzwerk aufzubauen und es als offizielle linke Parteiströmung zu promoten, um dem kritischen DL21 das Wasser abzugraben?“³ Die Handlungsanleitung ist aus Sicht von Wolfgang Lieb daher auch sehr einfach: „Es gilt, über die Entwicklungen in der SPD-Linken aufzuklären, die basisdemokratische Ausrichtung der SPD-Linken in der DL 21 zu stärken und in der SPD-Linken demokratisch durchzusetzen.“⁴

Die Parteilinke als Suborganisation

Dem offensichtlichen Konflikt liegen aus meiner Sicht zwei grundlegend verschiedene Verständnisse von Organisation und Strategie einer Parteilinken zugrunde, die viel mit dem Verständnis von Macht zu tun haben: Erstens Macht- und Legitimationsfragen innerhalb der Partei sowie zweitens die Berücksichtigung gesellschaftlicher Machtverhältnisse für die eigene strategische Aufstellung.

Das oben von Lieb und Berger vertretene Verständnis einer Parteilinken ist im Kern das einer Suborganisation innerhalb der SPD. In dieser Organisation werden sowohl Personal- als auch Sachfragen demokratisch entschieden und erst mit den so abgestimmten Vorschlägen wird die Bühne der Partei betreten. Damit wird zwar nicht unterstellt, dass es ex ante einen gemeinsamen Willen der Parteilinken gibt, dieser aber durch den demokratischen Prozess innerhalb der Parteilinken entsteht und am Ende der oder die Vorsitzende innerhalb der Partei vertreten

kann, was die Auffassung „der Parteilinken“ ist. Dieser Willensbildungsprozess lässt sich nun basisdemokratisch organisieren oder nicht, das aber verändert die Sichtweise im Kern nicht. Macht und Legitimation (also wer mit welchen Themen für die Parteilinke spricht) ergibt sich in dieser Perspektive aus der organisierten Parteilinken selbst heraus. Die Mitglieder sehen sich als Teil der Parteilinken, die Partei ist vielleicht am ehesten mit einem Parlament vergleichbar, in dem mit den anderen Parteiflügeln demokratisch über die personelle und inhaltliche Aufstellungen entschieden wird. Parteilinke, die innerhalb der SPD eine Funktion haben sind quasi „Delegierte“ der Parteilinken. Damit verbunden ist auch ein eher eindimensionales Verständnis zu Erlangung gesellschaftlicher Mehrheiten: Zunächst muss die Parteilinke überzeugt werden, dann die Partei und im Anschluss die Gesellschaft. Das kann man so betrachten. Wirklich mächtig wäre die Parteilinke aber nur dann, wenn es ihr gelänge eine im Verhältnis zur Gesamtpartei respektable Zahl von Mitgliedern zu haben. Und das auch nur innerhalb der Partei.

Ein alternatives Verständnis

Ich vertrete aus mehreren Gründen ein grundsätzlich anderes Verständnis. Ich sehe mich selbst als Linken innerhalb der SPD, der sich gerne mit anderen Personen, die sich auch der Parteilinken zugehörig fühlen, austauscht, vernetzt und gemeinsame Positionen und Strategien entwirft. Ich finde es gut, dass in Magdeburg vereinbart wurde, einmal jährlich eine größere Konferenz zu veranstalten, um über inhaltliche Fragen und Strategien gemeinsam mit vielen zu diskutieren und neue Impulse zu gewinnen. Legitimation ergibt sich aber aus der Partei selbst heraus, die aus meiner Sicht die zentrale Arena ist, in der für Personalentscheidungen, Wahlen und für inhaltliche Positionierungen Entscheidungen getroffen werden. Deshalb gibt es zwar etliche Themen, in der eine Par-

2 Wolfgang Lieb: Gründung einer neuen SPD Linken? <http://www.nachdenkseiten.de/?p=23898> Abgerufen am 23.11.2014

3 Jens Berger a.a.O.

4 Wolfgang Lieb a.a.O.

teilkonzepte gemeinsame Auffassungen vertritt, eine demokratische „Abstimmung“ (im Sinne von mehrheitlicher Entscheidung mit Bindungskraft) innerhalb der Parteilinken halte ich aber für kontraproduktiv. Denn es wird immer wieder auch Themen und Situationen geben, in denen ich in meiner Funktion oder Rolle auch aufgrund bestehender Machtverhältnisse vielleicht gerade nicht eins zu eins das ansprechen oder umsetzen kann (oder möchte), was die „organisierte“ Parteilinke von mir erwarten würde. Oder anders ausgedrückt: Politisches Handeln findet immer in einem Kontext von Machtverhältnissen statt. Und genau aus diesem Zusammenhang entstehen etliche Konflikte: Oftmals wird denjenigen, die in Funktionen sind, pauschal vorgeworfen, keine „linken“ Inhalte (mehr) zu vertreten. Das ist nicht nur atmosphärisch verstörend. Das hat auch etwas damit zu tun, dass es denjenigen, die diese Vorwürfe äußern, offensichtlich schwerfällt, die bestehenden Machtverhältnisse bei einer Beurteilung des Handelns einzelner Personen zu berücksichtigen. Schlimmer noch: Es geht ja nicht nur um die feuilletonistische Kommentierung und die Einordnung des Handelns anderer, es geht um die eigene Strategiefähigkeit.

Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse in den Blick nehmen

Damit sind wir mitten im zweiten angesprochenen Problemkreis. Der Analyse der gesellschaftlichen Mehrheits- oder eben Machtverhältnisse und den Schlussfolgerungen für das Handeln der Parteilinken. In Anlehnung an den Hegemoniebegriff Gramscis verfügen diejenigen Gruppen über Macht, denen es gelingt gesellschaftliche Allianzen zu bilden und eine Hegemonie in der Deutung und den präferierten Lösungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Probleme zu erlangen. Dies muss in Demokratien freilich nicht bedeuten, dass eine Partei die gesellschaftliche Hegemonie in allen gesellschaftlichen Fragen übernimmt. Entscheidend

ist vielmehr, dass in den als besonders relevant empfundenen Fragen ein Politikangebot gemacht wird, das über Milieugrenzen hinweg Akzeptanz findet. Oder anders formuliert: Zur Durchsetzung politischer Ziele bedarf es nicht nur einer formalen „mächtigen“ Position, sondern auch einer gesellschaftlichen Mehrheit zumindest für die überwiegende Zahl der politischen Ziele und Projekte – spätestens bei der nächsten Wahl. Eine aufgeklärte Linke muss daher zweierlei tun: Sie muss einerseits die gesellschaftlichen Mehrheitsverhältnisse „im Blick“ haben und sich der Restriktionen, die sich daraus für das unmittelbare Handeln ergeben bewusst sein, um einen solidarischen Umgang miteinander pflegen zu können. Das alleine wäre aber reichlich passiv und damit zu wenig. Deswegen muss sie andererseits auch Strategien entwickeln, um gesellschaftliche Mehrheiten zu erlangen. Dazu gehört die Bildung von gesellschaftlichen Allianzen durch die Erarbeitung von politischen Lösungsansätzen, die an mehrheitsfähige Deutungsmuster anknüpfen und über Milieugrenzen hinweg wirken und natürlich die (Rück)gewinnung von Deutungshoheit in Politikfeldern, die derzeit andere politische Kräfte besetzen. Letzteres aber ist je nach Themenfeld ein komplexes Unterfangen. Denn sicherlich wirken politische Parteien bei der Willensbildung mit, weswegen eine passive Ausrichtung der politischen Vorhaben an Umfragewerten, wie es leider zu häufig praktiziert wird, nicht nur un kreativ, sondern auch durch und durch defensiv ist. Andererseits aber sind politische Grundüberzeugungen bei den meisten Menschen relativ stabil⁵. Deshalb dürfte es jedenfalls nicht ausreichend sein, sich immer wieder in Selbstbestätigung zu üben und die immergleichen Beschlüsse zu fassen frei nach dem Motto: Irgendwann muss die Mehrheit doch verstehen, dass wir es nur gut mit ihr meinen. Auch wenn das durchaus stimmen mag.

⁵ Vgl. Paul A. Sabatier (1993): Advocacy-Koalitionen. Policy-Wandel und Policy-Lernen. Eine Alternative zur Phasenheuristik. In: Héritier, Adrienne (Hrsg.): Policy-Analysis. Kritik und Neuorientierung. Opladen, S. 116-149.

Schlaglichter der aktuellen Machtverhältnisse

Vielleicht lassen sich diese abstrakten Gedanken gut an der aktuellen Lage illustrieren. Ohne eine umfassende Analyse der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zeichnen zu können, lohnt es sich, die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl einzuordnen: Obwohl die SPD in ihrem Programm gemessen an Umfragewerten durchaus viele mehrheitsfähige Einzelforderungen vertrat (ja, sogar die Erhöhung des Spitzensteuersatzes wurde mehrheitlich befürwortet), ist das Ergebnis bekannt: Das desaströse Wahlergebnis von 2009 konnte nur um einige wenige Prozentpunkte verbessert werden, die Dominanz der Union war enorm, das linke Lager vereinte nur knapp 43 Prozent der Wählerstimmen auf sich. Nun mag es für dieses Ergebnis etliche Gründe geben (etwa die Performance des Kandidaten), aus meiner Sicht sind aber zwei Faktoren für die Beurteilung der Mehrheitsverhältnisse entscheidend.

Erstens handelte es sich bei der Bundestagswahl 2013 um eine „prekäre Wahl“, mit folgender Kurzformel: Je prekärer die Lebensverhältnisse, desto geringer war die Wahlbeteiligung⁶. Mit gravierenden Folgen für die SPD, für die sich das Ergebnis so zusammenfassen lässt: Gerade die Milieus, für die die SPD programmatisch vieles zu bieten hatte (die Bekämpfung von prekären Arbeitsverhältnissen etwa), gingen nicht zu Wahl. Andere Milieus teilten zwar grundsätzlich die Programmatik, es fehlte aber die persönliche Betroffenheit, damit daraus ein wahlentscheidendes Motiv wurde.

Zweitens gelang es Angela Merkel mit einem sehr entscheidenden Thema zu punkten: Dem Versprechen nach wirtschaftlicher Stabilität und damit der Sicherung von Ar-

beitsplätzen. Denn Deutschland erschien als das Land, das anders als viele Nachbarländer unbeschadet durch die Eurokrise gekommen war. Dabei wurde seitens der Union (aber auch in der öffentlichen Wahrnehmung!) Wirtschaftskompetenz synonym mit konservativ-liberalen Vorstellungen der Finanzpolitik gesetzt. Und zwar sowohl als Garant für wirtschaftliche Stabilität in Deutschland (Schuldenbremse, Ausschluss von Steuererhöhungen) als auch als Lösungsansatz für die Krise in der EU (Fiskalpakt). Mit Erfolg: Die Kompetenzwerte der Union in den Bereichen „Wirtschaft“ und „Arbeitsplätze“ waren am Wahltag zweieinhalb bis dreimal so groß wie die der SPD⁷.

In den anschließenden Koalitionsverhandlungen stellte sich die Wahrnehmung ein, die SPD habe sich in nahezu allen Fragen durchgesetzt. In der Tat konnten etliche Punkte des Regierungsprogramms in den Koalitionsvertrag überführt werden. Ein Erfolg, der nicht kleingeredet werden sollte, gelang es doch erstmals seit Jahren einen partiellen Ausbau des Wohlfahrtsstaats (Mindestlohn, Rente mit 63, Pflegereform) sowie Elemente einer gesellschaftlichen Modernisierung (doppelte Staatsbürgerschaft, Frauenquote) durchzusetzen. Forderungen, für die auch die Parteilinke lange gekämpft hatte. Auf der anderen Seite aber konnte sich die Union sowohl in Fragen der nationalen Finanzpolitik (schnellstmöglich ausgeglichener Haushalt, keine Steuererhöhungen) als auch hinsichtlich der Fortsetzung der europäischen Austeritätspolitik durchsetzen⁸. Das lag sicherlich einerseits an den bestehenden Machtverhältnissen der Koalitionspartner. Andererseits aber wirken in den beschriebenen Politikfeldern konservativ-liberale Deutungsmuster

7 Vgl. Wahlanalysen von Infratest zur Bundestagswahl bei tagesschau.de: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/index.shtml> Abgerufen am 01.12.2014

8 Vgl. zur Analyse des Koalitionsvertrags ausführl. Timo Grunden (2015 / im Erscheinen): Das Programm der Großen Koalition: Eine Regierung der sozialstaatlichen Restauration? In: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden.

6 Vgl. (auch zum Folgenden): Armin Schäfer, Robert Vehrkamp, Jérémie Felix Gagné (2013): Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Gütersloh.

bis tief in die SPD hinein, so dass sie dort über keinen kohärenten Gegenentwurf verfügte. Die Schuldenbremse etwa ist ein solches dem Neoliberalismus entnommenes Instrument, das der Logik folgt, der Staat (bzw. die Politik) müsse reguliert werden (und nicht etwa die Wirtschaft), sich aber in der SPD großer Beliebtheit erfreut. Das bedeutet nun weder, dass man als Kritiker der Schuldenbremse für eine überbordende Staatsverschuldung sein muss, noch, dass in der SPD Neoliberale unterwegs wären. Ich sehe diesen Umstand vielmehr als Indiz dafür, dass konservativ-liberale Vorstellungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik eine gewisse gesellschaftliche Hegemonialstellung besitzen.

Was tun?

Um wieder in eine mehrheitsfähige Position zu kommen scheint die Strategie der Parteiführung derzeit darin zu bestehen, neben der „Säule“ der sozialen Gerechtigkeit eine zweite Säule der Wirtschaftskompetenz zu setzen. Letztere besteht aber – darauf deutet derzeit zumindest vieles hin – hauptsächlich in einer Übernahme konservativ-liberaler Vorstellungen (schwarze Null, Infragestellen der Vermögensteuer etc.). Neben dem Umstand, dass ich diese inhaltlich nicht teile, ergeben sich zwei strategische Probleme. Erstens ist fraglich, wie gewinnbringend eine Kopie des Originals ist. Und zweitens ergeben sich zumindest mittelfristig Konflikte zwischen einem konservativ-liberalen Wirtschaftsverständnis und einem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatsverständnis, allein schon in Fragen der Finanzierung. Wie auch immer: Die Parteilinke könnte und sollte in der kommenden Zeit – die gesellschaftlichen Mehrheitsverhältnisse vor Augen – dazu beitragen eine alternative Strategie für die Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie zu entwickeln. Hierzu könnten zum Beispiel folgende Ansätze lohnen:

Erstens benötigen wir eine Strategie, um die Partizipation (und damit Wahlbeteili-

gung) in den offenbar von der Demokratie derzeit in weiten Teilen entkoppelten Milieus zu steigern.

Zweitens muss ein Thementableau entwickelt werden, das auch anknüpfungsfähig an Lebensrealitäten und Problemwahrnehmungen der mittleren Milieus ist. Hierzu könnte sich etwa die Frage von zeitlichen Ressourcen von jungen Familien in der „Rush Hour“ des Lebens eignen.

Drittens bedarf es eines Entwurfs eines an sozialdemokratischen Grundwerten orientierten eigenständigen wirtschaftspolitischen Profils. Hierzu hat etwa Carsten Sieling einen guten Beitrag geleistet⁹. Darin inbegriffen sollten auch kommunikative bzw. argumentative Strategien im (weiteren) Bereich der Wirtschaftspolitik sein, um mittelfristig die konservativ-liberale Deutungshoheit zu brechen. Wenn sich etwa das Bild der vererbten Schulden an unsere Kinder eingepägt hat, warum sollte es auch nicht das Bild des einsturzgefährdeten Hauses sein, um auf die marode Infrastruktur und den entsprechenden Finanzierungsbedarf hinzuweisen?

Sicherlich, das sind nur sehr rudimentäre Thesen. Eine Debatte in der Parteilinke (wie in der Partei) über Strategien für eine linke Mehrheitsfähigkeit und damit die Macht, Gesellschaft zu verändern, erscheint mir aber mehr als geboten und allemal sinnvoller als weitere ermüdende Diskussionen über innerorganisatorische Befindlichkeiten. ■

☞ Sascha Vogt ist Mitglied des SPD Parteivorstands und lebt und arbeitet in Düsseldorf und Berlin.

⁹ Vgl. Carsten Sieling (2014): Zusammenhalten, was zusammengehört. Wirtschaftspolitischer Erfolg braucht Verteilungskompetenz. http://www.carsten-sieling.de/files/Carsten_Sieling_-_Zusammenhalten_was_zusammen_gehrt.pdf